

Gabriele Neudecker

Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder von Kollegialorganen

**Dargestellt am Beispiel
der Geschäftsleitungsgremien
von Wirtschaftsunternehmen**



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
1. Teil: Der Grundsatz der Allzuständigkeit und Generalverantwortung	23
1. Kapitel: Der Grundsatz im Gesellschaftsrecht	23
<i>A. Herleitung</i>	23
<i>B. Inhalt</i>	24
2. Kapitel: Übertragung des Grundsatzes der Allzuständigkeit auf das Strafrecht	27
2. Teil: Das Spannungsverhältnis zwischen dem Allzuständigkeitsgrundsatz und der Möglichkeit einer Ressortaufteilung	33
1. Kapitel: Der Bereich der sogenannten zwingenden Gesamtverantwortung	36
<i>A. Inhalt und Grenzen des Bereichs der zwingenden Gesamtverantwortung</i>	36
<i>B. Kritische Würdigung</i>	38
I. Kritik an der Fundierung des Bereichs der zwingenden Gesamtverantwortung	38
II. Verbleibende Bedeutung der zwingenden Gesamtverantwortung	39
2. Kapitel: Die Relevanz der Ressortaufteilung	44
<i>A. Vorüberlegung: Beachtlichkeit der Ressortaufteilung im Zivil- und im Steuerrecht</i>	44
I. Die Ressortaufteilung im Zivilrecht	45
II. Die Rechtslage im Steuerrecht	46

III. Unübertragbarkeit der Gedanken auf das Strafrecht	47
B. <i>Strafrechtliche Anerkennung der Entlastungswirkung der Ressortaufteilung</i>	48
I. Anhaltspunkte im Gesetz	50
II. Sonderdelikte, die an die Eigenschaft als Mitglied eines Kollegialorgans anknüpfen	53
III. Pauschale Ablehnung der Entlastungswirkung aufgrund der Eigenheiten des Gesellschaftsstrafrechts	54
IV. Lösung über das Modell der primären und sekundären Verantwortung	55
V. Lösung über den Vertrauensgrundsatz	57
1. Inhalt	58
2. Grenzen	58
3. Anwendungsbereich	60
a) Pragmatische Ausdehnung des Anwendungsbereiches	60
aa) Anwendung auf das Verhalten im Straßenverkehr	60
bb) Geltung im Bereich der Arbeitsteilung	61
cc) Ausdehnung über die Domäne der Arbeitsteilung hinaus	62
b) Kritik an dieser Ausdehnung	62
c) Konkretisierung des Anwendungsbereiches des Vertrauensgrundsatzes durch eine Rückbesinnung auf seine dogmatische Herleitung	63
aa) Zumutbarkeit	63
bb) Vorhersehbarkeit	64
cc) Erlaubtes Risiko	64
dd) Ableitung aus der Eigenverantwortlichkeit des Individuums	66
ee) Teleologische Begründung des Vertrauensgrundsatzes	69
(1) Ziel der Optimierung des Rechtsgüterschutzes	69
(2) Umfassende Interessenabwägung	69
C. <i>Anhaltspunkte für die Entlastungswirkung der Ressortaufteilung durch die Untersuchung der Garantenstellung im Gremium</i>	72
I. Garantenstellung zur Überwachung der Gremiumskollegen	73

1. Kriminalpolitischer Wunsch nach einer solchen Garantstellung wegen der mißglückten Fassung des § 130 OWiG	74
2. Begründungen für eine Überwachergarantenstellung	75
3. Kritik an diesen Begründungen	76
4. Begründungen, die der Eigenverantwortlichkeit des Überwachten Rechnung tragen	77
a) Überwachungsgarantenstellung nur bei gesetzlicher Verankerung	77
b) Autoritäts- oder Befehlsverhältnisse	80
c) Kritik	83
II. Herkömmliche Ansätze zur Bestimmung der Garantstellung	86
1. Garantstellung aus Vertrag	89
2. Garantstellung aus Gesetz	90
3. Garantstellung aus Übernahme	92
4. Garantstellung aus Ingerenz	94
a) Stimmen, die die Garantstellung aus Ingerenz völlig ablehnen	95
b) Dogmatische Probleme der Begründung der Garantstellung aus Ingerenz	96
aa) Nähe der Gefahr	96
bb) Pflichtwidrigkeit des Vorverhaltens	98
cc) Ingerenz des Gremiumsangehörigen	105
5. Garantstellung für die Überwachung von Gefahren im eigenen Herrschaftsbereich	107
6. Begründung einer Garantstellung aus der zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflicht	112
D. Bestimmung der Verhaltensnorm des Gremiumsangehörigen	120
I. Allgemeine Anforderungen an die Verhaltensnorm	122
1. Kriterien der Verhaltensnormbestimmung	122
2. Austauschbarkeit der Formulierung von Geboten und Verboten	125
II. Ermittlung der Verhaltensnorm des Unternehmens am Beispiel der Produkthaftung	130
1. Berücksichtigung opferspezifischer Eigenschaften: Die Selbstverantwortlichkeit des geschützten Rechtsgutsträgers	131
2. Berücksichtigung der Verhaltensmöglichkeiten des Täters	136

III. Verhaltensnormbestimmung für das Gremiumsmitglied, das nicht dem schadensträchtigen Ressort vorsteht	139
1. Die vorfindbaren Ansätze für die Verhaltensnormfundierung	140
a) Delegationsmodell	140
aa) Formanforderungen an die Delegation	141
bb) Vertikale Delegation als Argumentationshilfe	142
(1) Grundsätzliche Zulässigkeit der vertikalen Aufgabendelegation	142
(2) Zulässigkeit einer pauschalen Zuweisung von Aufgaben	144
(3) Die sog. Restpflichten im einzelnen	144
(a) Inhalt der Restpflichten	145
(b) Intensität der Restpflichten	149
(c) Stellungnahme	151
(aa) Vergleich mit dem technischen Werkzeug	151
(bb) Die Rolle der Eigenverantwortlichkeit des Delegierten	153
b) Übernahmemaßmodell	157
c) Übertragung der Modelle auf die horizontale Arbeitsteilung	160
aa) Diskrepanzen der Modelle mit dem Gesellschaftsrecht	160
(1) Bestimmung der Ressortaufteilung durch das Gremium selbst?	160
(2) Zuständigkeit für die Auswahl des künftigen Gremiumskollegen	162
(3) Delegation "im Interesse" des Gremiums	164
bb) Strukturelle Vergleichbarkeit von vertikaler und horizontaler Arbeitsteilung	165
2. Bestimmung der Verhaltensnorm für das Verhältnis der Geschäftsleiter zueinander	166
a) Die gegensätzlichen Interessen	166
b) Gewichtung der gegenläufigen Interessen	169
c) Ergebnis	171
E. <i>Sonderverantwortlichkeit des einzelnen Ressortleiters</i>	172
I. Der Meinungsstand zu Begriff und Funktion des "Organisationskreises"	173

II. Das Verhältnis von Sonderverantwortlichkeit und Verhaltensnorm.....	174
III. Leitlinien zur Bestimmung der Organisationskreise	175
1. Analogie zur Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch?	176
2. Bestimmung aus der Beziehung des Verhaltensnormadressaten zu seiner Umgebung?	177
3. Berücksichtigung präexistenter Regelungen	178
a) Gesetzliche Regeln	178
b) Privatautonome Verantwortungsverteilung	179
IV. Anwendung auf die Organisationskreise bei der Produkthaftung	182
1. Schädigung Dritter	183
2. Selbstschädigung des Opfers	187
V. Anwendung auf die horizontale Arbeitsteilung	191
 3. Teil: Strafrechtliche Probleme der Kollegialentscheidung	193
 1. Kapitel: Strafbarkeit der Gremiumsmitglieder wegen eines gemeinschaftlichen pflichtwidrigen Beschlusses für künftiges positives Tun	195
A. Verbot des Eintritts in das Gremium?	195
B. Pflicht zur Verhinderung einer Abstimmung?	196
I. Verhinderungsmöglichkeiten	196
II. Rechtliche Zulässigkeit dieser Maßnahmen	196
III. Legitimierbarkeit einer rechtlichen Pflicht zu solchem Verhalten	198
C. Haftung für die Teilnahme an der Abstimmung?	203
D. Strafbarkeit bei eigenem rechtswidrigen Stimmverhalten	206
I. Pflichtwidrigkeit der Stimmabgabe für die rechtswidrige Entscheidung	206
II. Pflichtwidrigkeit der Stimmenthaltung	208
III. Fehlende Kausalität der Stimmabgabe wegen der isolierten Betrachtung des einzelnen Verhaltens?	209
1. "Zusammenwirken" der Mittäter	209
2. Gemeinsamer Tatentschluß der Abstimmenden	210
IV. Die Kausalität des eigenen Stimmverhaltens für den konkreten Beschluß	215

1. Äquivalenztheorie	215
2. Risikoerhöhungslehre	219
3. Kausalitätsbegründung über die Mittäterschaft der rechtswidrig Stimmenden	220
4. Alternative und kumulative Kausalität	222
5. Formel von der gesetzmäßigen Bedingung	224
V. Die objektive Zurechnung des Abstimmungsergebnisses	225
1. Hypothetische Kausalverläufe	226
2. Rechtmäßiges Alternativverhalten	227
3. Berufung auf fremdes pflichtwidriges Verhalten	233
VI. Einordnung des Abstimmungsverhaltens als Vorbereitungshandlung, Versuch oder Deliktvollendung	235
1. Ausführungsbedürftige Kollegialentscheidungen	235
a) Mittelbare Täterschaft der Gremiumsmitglieder	237
aa) Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch bei mittelbarer Täterschaft	237
bb) Einordnung des kollektiven Verhaltens als mittelbare Täterschaft	238
b) Mittäterschaft der Gremiumsmitglieder mit dem Tatenächsten	240
aa) Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch bei Mittäterschaft	240
bb) Einordnung des kollektiven Verhaltens als Mittäterschaft mit dem Vordermann und Abgrenzung zur Teilnahme	240
2. Strafrechtliche Einordnung des nicht ausführungsbedürftigen Beschlusses	243
E. Die Strafbarkeit bei eigenem rechtmäßigen Stimmverhalten	245
F. Das Verhalten nach der Stimmabgabe	245
I. Strafbefreiung wegen des Verhaltens nach eigenem rechtswidrigen Votum	245
II. Verhaltenspflichten nach eigenem rechtstreuen Votum	248
III. Pflichten nach gewollter und nach zufälliger Absenz bei der Abstimmung	250
IV. Sonderfall des zeitlich gestreckten Abstimmungsverfahrens - Pflicht zum Widerruf der eigenen Stimme?	250

2. Kapitel: Haftung der Mitglieder des Kollegialorgans für das Ausbleiben des Beschlusses zur Vornahme einer rechtlich gebotenen Handlung	254
<i>A. Die Verletzung der Initiativpflicht</i>	255
I. Begründung und Inhalt der Pflicht.....	255
II. Kausalität der Pflichtverletzung	257
III. Objektive Zurechnung des Erfolges.....	258
<i>B. Die Strafbarkeit bei eigenem rechtswidrigen Stimmverhalten</i>	260
I. Kausalität.....	260
1. Lösung des BGH im Erdal-Fall.....	260
2. Lösungsansätze in der Literatur	261
3. Stellungnahme und Ergebnis	263
II. Objektive Zurechnung	264
III. Einordnung des Abstimmungsverhaltens als Vorbereitungs- handlung, Versuch oder Deliktsvollendung.....	264
3. Kapitel: Strafbarkeit der rechtswidrig Votierenden wegen eines im Ergebnis rechtmäßigen Beschlusses	265
Zusammenfassung	269
Literaturverzeichnis	280